



In eigener Sache: Multipolar-Jahresrückblick

Zum Jahresende schaut unsere Redaktion zurück – auf den Start einer neuen Rubrik, die Veröffentlichung von hart umkämpften Behördenprotokollen, neue Partner sowie einen Angriff der Medienaufsicht. Nicht zuletzt blicken wir auf die Entwicklung unserer Leserzahlen und auf das, was unser Publikum 2024 am meisten interessierte.

REDAKTION, 13. Dezember 2024, 0 Kommentare

Das fünfte Jahr seit Gründung begann für Multipolar mit einem Verlust. Unser Mitgründer Ulrich Teusch zog sich Ende Dezember 2023 im Alter von 65 Jahren aus dem Herausgeberkreis zurück, das Redaktionstrio wurde zum Duo. Die Arbeit intensivierte sich und eine wichtige Stimme, auch für unsere internen Beratungen, fiel weg. Bedingt durch vielfältige Belastungen hatte unser Mitgründer (und Namensgeber) zuletzt nur noch wenig schreiben können, seinen insgesamt zwei Dutzend bei uns veröffentlichten Texten sind weiterhin viele Leser zu wünschen.

Neue Rubrik – dezentrale Nachrichtenagentur?

Im Februar starteten wir eine neue Rubrik: knappe, sachliche und wertungsfreie Meldungen im Stil einer Nachrichtenagentur. Wir wollen damit dazu beitragen, eine Lücke im Nachrichtenangebot oppositioneller Medien zu schließen, wo weiterhin meinungsstarke Kommentare und Interviews dominieren, das Feld der eigentlichen Nachrichtenvermittlung aber meist den Etablierten überlassen wird. Unsere Meldungen können mit Quellenangabe frei von anderen Medien übernommen werden, was in diesem Jahr auch häufiger geschah.

Die Idee ist ausbaufähig: Wenn weitere Medien sauber recherchierte und neutral formulierte Nachrichten anböten, entstünde letztlich das Äquivalent einer dezentralen freien Nachrichtenagentur. 2024 haben wir mit Hilfe eines Kreises freier Autoren 150 solcher Meldungen veröffentlicht, die im Mittel (Median) 38.000 Mal aufgerufen wurden – weit mehr, als wir erhofft hatten. Für die Rubrik fielen zusätzliche Kosten von insgesamt 20.000 Euro an (15.000

Euro Autorenhonorare, 5.000 Euro Lektoratskosten) – finanziert wie alles übrige bei Multipolar, durch die freiwillige Unterstützung vieler unserer Leser.

Deren Zahl ist gestiegen, von 12.000 pro Tag 2023 auf nunmehr 16.000 pro Tag. Auch unsere längeren Artikel (insgesamt 62) wurden wesentlich häufiger gelesen (Median 2023: 37.000 Aufrufe, 2024: 55.000 Aufrufe) – ein Zuwachs von gut 50 Prozent.

Die RKI-Protokolle

Der größere Zuspruch dürfte mit unserer Veröffentlichung der RKI-Protokolle zu tun haben. Dieser war ein mehrjähriger Rechtsstreit mit dem Robert Koch-Institut (RKI) vorausgegangen. Die Behörde hatte sich vehement und unter Aufbietung einer teuren Top-Anwaltskanzlei gegen eine Einsicht in die Beratungsunterlagen ihres Corona-Krisenstabes gewehrt. Warum, das erfuhr die Öffentlichkeit in diesem Jahr in aller Deutlichkeit: Der Slogan „follow the science“ – „die Politik folgt der Wissenschaft“ – war gelogen. In Wahrheit dirigierten die Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Karl Lauterbach (SPD) die Behörde immer wieder abseits der wissenschaftlichen Evidenz, auch abseits der fachlichen Empfehlungen der eigenen Experten. Die Leitung des RKI unter Lothar Wieler und Lars Schaade ließ sich das gefallen. Leidtragende war eine betrogene und mit evidenzfreien Maßnahmen schikanierte, in vielen Fällen auch in ihrer Gesundheit geschädigte Bevölkerung. Das zeigten die von uns freigelegten Protokolle in vielen Details.

Die Veröffentlichung war kein Selbstläufer, auch wenn es im Rückblick so scheinen mag. Zur Wahrheit gehört, dass unser erster Bericht die Blase der oppositionellen Nischenmedien nicht verlassen hätte, wenn nicht eine einzelne (!) couragierte Journalistin den Graben zu den Etablierten überbrückt hätte. Erst nachdem die ZDF-Reporterin Britta Spiekermann fünf Tage nach unserer Enthüllung in einem neutral formulierten Bericht die brisanten Fakten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorstellte, brach innerhalb weniger Stunden die Schweigemauer und alle großen Medien folgten. Es war für unsere kleine Zwei-Mann-Redaktion surreal zu erleben, wie unmittelbar nach dem ZDF-Bericht unsere Recherche erst auf Seite 1 der BILD-Zeitung erschien, dann in der 20-Uhr-Ausgabe der Tagesschau.

Teurer Rechtsstreit

Das Freiklagen der Protokolle ist ein teures Unterfangen gewesen. Zum Zeitpunkt unserer Veröffentlichung im März betragen die Kosten 15.000 Euro, mittlerweile ist diese Summe auf 53.000 Euro angewachsen. Multipolar ist dennoch nicht im Minus, da uns in diesem Jahr sehr viele Leser zusätzlich unterstützt haben – wofür wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken möchten. Die für unsere Verhältnisse dennoch enorme Summe setzt sich zusammen aus den Kosten für die separaten Verfahren (1) zur Veröffentlichung der Protokolle bis April 2021, (2) zur Veröffentlichung der Protokolle ab Mai 2021 und (3) zur Veröffentlichung der Anwaltskosten des RKI.

Letzteres führen wir als eine Art Musterverfahren, derzeit in zweiter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, um dagegen vorzugehen, dass eine Bundesbehörde mit praktisch unbeschränktem Budget rechtswidrig Akten vor den Bürgern geheim hält. Deshalb soll Öffentlichkeit über das Ausmaß hergestellt werden, mit dem hier Steuergelder seitens der Regierung eingesetzt und letztlich missbraucht wurden. Wir werden in dieser Sache am Ball bleiben, auch im Interesse anderer Kläger in anderen Verfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Denn immer wieder versuchen Behörden, dieses Gesetz mit teuren Rechtsstreitigkeiten, bei denen klagende Bürger finanziell nicht mithalten können, auszuhebeln. Solange die

behördlichen Anwaltskosten dann auch noch geheim bleiben, fällt das besonders leicht. Das sollte aufhören, finden wir, und klagen deshalb an dieser Stelle weiter.

Neuer Schwung für die Corona-Aufarbeitung

Unsere Veröffentlichung der geschwärzten RKI-Protokolle im März, kombiniert mit dem vier Monate später von der Journalistin Aya Velazquez publizierten Leak der vollständigen Daten im Juli, war der wesentliche Faktor, den Bemühungen für eine Corona-Aufarbeitung in Deutschland neuen Schwung zu geben, medial und auch politisch. Laut einer von Multipolar initiierten Forsa-Umfrage vom Oktober wissen zwar immer noch nur 28 Prozent der Deutschen von den Protokollen, doch fast die Hälfte von diesen, 12 Prozent aller Befragten, sehen die Maßnahmen, seit sie von den Protokollen erfahren haben „jetzt kritischer“. Nimmt man die erwachsene Bevölkerung als Bemessungsgrundlage, sind somit hochgerechnet acht Millionen Bürger durch die Kenntnis der Dokumente skeptischer geworden.

Neuer Partner aus Osnabrück

Kritischer Journalismus kann etwas bewirken. Dies gilt um so mehr, wenn Medien zusammenarbeiten. Daher freut es uns besonders, dass in diesem Jahr die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) auf uns zugekommen ist, um Möglichkeiten einer Kooperation auszuloten. Es begann im Sommer mit einem Gastbeitrag von Paul Schreyer in dieser Zeitung sowie der Übernahme eines unserer Artikel durch die NOZ – und setzte sich im Herbst fort mit der Zusammenarbeit bei der Forsa-Umfrage zu Impfnebenwirkungen. Es braucht Mut bei der Redaktionsleitung einer etablierten Zeitung, einen solchen Schritt zu gehen, denn Angriffe sind die unvermeidliche Folge.

Unsere meistgelesenen Artikel 2024

Unsere beliebtesten Texte in diesem Jahr kreisten, wie auch schon im Vorjahr, so gut wie sämtlich um die Corona-Aufarbeitung:

- **„Es soll hochskaliert werden“** (320.000 Aufrufe) – In unserer ersten Veröffentlichung zu den freigelegten Protokollen – die via ZDF dann die Welle der bundesweiten Berichterstattung auslöste – legten wir den Schwerpunkt auf die fragliche Verantwortung für die Hochstufung der Risikobewertung im März 2020, die die Lockdownmaßnahmen erst ermöglicht hatte. Wir stellten fest, dass diese Hochstufung abrupt, ohne dokumentierten Diskussions- und Beratungsprozess erfolgt war und schlussfolgerten: „Es ist nun klar, dass die Gerichte in Deutschland, die sich bei ihren Urteilen zur Rechtmäßigkeit der Corona-Maßnahmen darauf verließen, dass die Risikoeinschätzung des RKI wissenschaftlich basiert war – und diese Risikoeinschätzung in den jeweiligen Verfahren eben nicht kritisch überprüften –, einen Fehler begangen haben, dessen Anerkenntnis und Aufarbeitung weiterhin ausstehen.“ Diese Erkenntnis wurde im Juli durch eine Aussage der Bundesregierung bestätigt, wonach die RKI-Fachebene an der Hochstufung „nicht beteiligt“ war, sondern Wieler und Schaade die Entscheidung dazu „am Sonntag, dem 15. März 2020“ allein getroffen hatten. Die Tatsache, dass diese weitreichende Entscheidung an einem Sonntag fiel – und nicht auf eine transparente Diskussion der RKI-Fachebene am Montag im Krisenstab warten konnte –, deutet auf großen Druck von außen hin. Durch wen Wieler und Schaade damals instruiert wurden, bleibt weiter offen. Gerichte und parlamentarische Untersuchungsgremien sollten dies nun ermitteln.

- **Mehr als tausend Passagen geschwärzt: Multipolar veröffentlicht freigelegte RKI-Protokolle im Original** (300.000 Aufrufe) – Zwei Tage nach unserem ersten Bericht stellten wir hier alle Protokolle, die wir vom RKI erhalten hatten, der Öffentlichkeit als Download zur Verfügung. Aufgrund der immensen Datenmenge war Schwarmintelligenz bei der Auswertung dringend erforderlich.
- **RKI-Protokolle: ZDF und SPIEGEL verfälschen nachträglich ihre Berichte** (170.000 Aufrufe) – Die medialen Reaktionen auf unsere Enthüllung waren unterschiedlich. Viele Journalisten begannen in den Protokollen zu recherchieren und kritisch gegenüber der Regierung zu berichten, einige andere hingegen mieden eine fundierte Auseinandersetzung mit den Inhalten, sondern verlegten sich stattdessen darauf, uns als Überbringer der Nachricht zu attackieren und sich schützend vor die Regierung zu stellen.
- **„Die das stört, müssen demaskiert werden“** (140.000 Aufrufe) – Im Interview mit Multipolar betonte Wolfgang Wodarg im August, dass eine Corona-Aufarbeitung „in der gesamten Bevölkerung, in jedem Bereich stattfinden muss“. Zudem nannte er bislang unbekannt Details zum Tod seines langjährigen Fraktionskollegen, des SPD-Politikers und Lockdownkritikers Thomas Oppermann im Oktober 2020: „Für mich sieht es so aus, als wenn er vergiftet wurde“, so Wodarg gegenüber unserem Magazin.



Thomas Oppermann im Mai 2020 im Bundestag | Bild: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Britta Pedersen

Oppermann, damals einer der führenden Köpfe der SPD, hatte wenige Tage vor seinem Tod „eine offene Generaldebatte im Bundestag“ zum geplanten zweiten Lockdown gefordert, um „die genaue gesetzliche Ermächtigung der Exekutive“ kritisch zu prüfen. Dies sei „eine Frage der Rechtsstaatlichkeit“, so der Politiker in einem seiner letzten öffentlichen Statements. In einer vielgelesenen Multipolar-Meldung (120.000 Aufrufe), die das im Kontext zu Wodargs Vermutung thematisierte, wiesen wir zudem auf den nur wenige Tage nach Oppermann bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Lockdownkritiker Mario Ohoven hin, Chef des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft, der aus „ungeklärter Ursache die Kontrolle über sein Fahrzeug“ verloren hatte, kurz nachdem er öffentlich erklärt hatte, er „glaube nicht, dass ein erneuter Lockdown vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hätte“.

Unmittelbar nach dem öffentlichkeitswirksamen Tod der beiden einflussreichen Kritiker verkündete die Bundesregierung am 2. November 2020 den zweiten Lockdown, der vielen Unternehmen und Freiberuflern im Land das Genick brach, zahlreiche vor allem auch junge Menschen in Depression und Tod trieb – sowie, nicht zu vergessen, der kurz darauf startenden Kampagne zur Injektion mit den experimentellen mRNA-Präparaten den nötigen Rückenwind gab. Ohne „Deutschland unter Hausarrest“ wäre die „Impfung“ wohl weit weniger bereitwillig aufgenommen worden. Wodarg fand dazu im Interview deutliche Worte:

„Wenn wir nicht den Mut aufbringen, das zu sagen, was gesagt werden muss, was uns bewegt, dann werden wir Opfer, dann kann man mit uns machen, was man will. Das passt nicht zu dem, was wir brauchen, damit wir Menschen sind, was uns Würde verleiht, und Autonomie ermöglicht, damit wir selbst über unser Leben entscheiden können und gemeinsam unser Leben gestalten können, so wie wir es gut finden, und dass wir nicht nur gehorchen müssen. Das sind Grundwerte, auf die wir jahrzehntelang stolz waren. Ich bin immer noch stolz darauf und ich möchte, dass wir uns dieses Selbstbewusstsein erhalten. Diejenigen, die das stört, sollen an den Pranger gestellt werden. Sie müssen demaskiert werden, damit deutlich wird, wie böse all das ist, was sie mit ihren Mitmenschen veranstaltet haben.“

- **„Die volle Macht der Regierung entfesseln“** (130.000 Aufrufe) – Nachdem Gesundheitsminister Karl Lauterbach unter öffentlichem Druck das RKI angewiesen hatte, einen großen Teil der Schwärzungen in den Protokollen aufzuheben, was Ende Mai geschah, konnten weitere Passagen erstmals ausgewertet werden. Im Juni veröffentlichten wir dazu diese Analyse, in der wir darstellten, wie der Druck zum Lockdown international orchestriert war – und dass er aus den USA kam. Dort war am Freitag, dem 13. März 2020, zwei Tage vor Wielers und Schaades einsamer Entscheidung zur Hochstufung, abseits jeder Evidenz der „nationale Notstand“ ausgerufen worden, der laut US-Präsident „die volle Macht der Bundesregierung entfesseln“ sollte. Anthony Fauci, seit Jahrzehnten graue Eminenz der Forschung zu Risiken aus Infektionskrankheiten und Biowaffen, sekundierte damals, damit könnten in der politischen Reaktion auf die Krise nun sämtliche störenden „Beschränkungen beseitigt werden“. Wir recherchierten ein kaum bekanntes Pandemie-Planspiel vom Dezember 2019 in Washington (nicht das bekanntere „Event 201“ vom Oktober 2019, sondern eine separate Übung) und schlussfolgerten: „Diese bemerkenswert passgenaue Vorbereitung auf alles, was folgte, korrespondiert mit der nun stückweise bekannt werdenden Verstrickung der US-Geheimdienste in die umstrittene Gain-of-function-Forschung in Wuhan zum Scharfmachen von Viren.“

Weitere vielgelesene Texte waren die [Fallserie zu potenziellen Impfschäden](#), die ein Klinikarzt unter Pseudonym für uns verfasste (92.000 Aufrufe), die Recherche von Hakon von Holst zu den zahlreichen [Kontokündigungen bei Regierungskritikern](#) (85.000 Aufrufe, später [übernommen](#) von der Neuen Osnabrücker Zeitung), das [Interview mit Silvia Behrendt](#), einer ehemaligen Beraterin der WHO, zu den umstrittenen Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (82.000 Aufrufe) sowie ein [Interview](#) mit dem Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski (72.000 Aufrufe), der erläuterte, dass ein Gericht in Kiew nun faktisch bestätigt hat, dass beim Scharfschützenmassaker auf dem Kiewer Maidan im Februar 2014, das den dortigen Machtwechsel und damit den gesamten Krieg in der Ukraine auslöste, rechtsextreme Maidankämpfer für den Tod von mindestens zehn Menschen verantwortlich sind. Dies war in etablierten Medien immer wieder negiert oder bestritten worden.

Landesmedienanstalt gegen Multipolar

Viel gelesen wurde auch unsere Berichterstattung zur Auseinandersetzung mit der Landesmedienanstalt NRW, die nach Veröffentlichung der RKI-Protokolle versuchte, inhaltlichen Einfluss auf unsere Artikel zu nehmen. Wir wiesen das als verfassungswidrig zurück, woraufhin die Anstalt seither schweigt. Sofern die Behörde noch ein förmliches Verfahren gegen uns einleitet – was sie androhte – streben wir eine gerichtliche Überprüfung der Rechtsgrundlage an, also der Neufassung des Medienstaatsvertrages aus dem Jahr 2020, der den Landesmedienanstalten eine inhaltliche Aufsicht – praktisch Zensur – zubilligt, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Pressezensur wurde hierzulande 1874 abgeschafft. Offenbar aber sind wir wieder so weit, dass dies erneut geklärt werden muss.

Good News?

Wo bleiben nun die guten Nachrichten abseits all der Krisen und Niedergangerscheinungen? Kritischer Journalismus läuft immer wieder Gefahr sich in einer Negativspirale zu verfangen. Auch bei uns blieben die ermutigenden Berichte in diesem Jahr die Ausnahme. Aber es gab sie: Ulrich Gausmann berichtete von Dorfgemeinschaften, die sich in ihrer Energieversorgung unabhängig von großen Energieunternehmen machen – und damit Kosten sparen. Susanne Wolf stellte kleine Kulturen in fernen Ländern vor, die ihre Balance durch eine Form von Matriarchat gefunden haben – keine Umkehrung der Männerherrschaft, sondern eine Gesellschaft, in der beide Geschlechter gleichwertig sind, auf Gewalt verzichten und eine klare Aufgabenverteilung praktizieren.

Karsten Montag interviewte den Agrarökonom Johannes Eisenbach zur Zukunftsvision Humuserde – der Herstellung „biozyklischer“, sich selbst erhaltender, Humuserde, in der „etwas steckt, das in die Zukunft gerichtet ist, nämlich die schier nicht schwindende Fruchtbarkeit“. Und Mathias Bröckers erinnerte an das Gedächtnis der Natur und „ein revolutionäres Erklärungsmodell für eines der großen Rätsel der Naturwissenschaft, die Entstehung der Formen“. Dieser Text stammt schon von 1998, erschien aber in diesem Jahr zu Bröckers´ 70. Geburtstag neu in seinem anregenden Sammelband „Inspiration, Konspiration, Evolution“.

Kriegssorgen

Derzeit aber dominieren Kriegssorgen. Westliche Raketen fliegen nach Russland, andere von dort in die Ukraine. Bald auch nach Mittel- und Westeuropa? Möge es die Vernunft – soviel davon noch vorhanden ist – und mögen es eine Vielzahl jetzt dringend gebrauchter Stimmen und Aktionen noch verhüten.

Am Ende dieses Jahres verabschiedet sich unsere Redaktion nun, wie gewohnt, für einige Zeit in die Weihnachtspause. Regeneration tut not. Anfang Januar geht es an dieser Stelle dann weiter. Unseren Lesern wünschen wir eine friedliche Weihnachtszeit und ein erfüllendes, erhellendes und bereicherndes 2025. Wir danken allen unseren treuen und neuen Unterstützern, die unser nun schon fünf Jahre altes journalistisches Projekt ermöglichen sowie all denen, die uns mit Hinweisen auf Veröffentlichungen täglich dabei helfen, den Überblick im Nachrichtenschwungel zu behalten. Multipolar ist ein Gemeinschaftswerk und das soll es bleiben.



Sommer 2024: Die Multipolar-Herausgeber Paul Schreyer (3.v.l.) und Stefan Korinth (3.v.r.) im Kreis einiger unserer freien Autoren: Helge Buttkeireit (1.v.l.), Hakon von Holst (2.v.l.), Karsten Montag (2.v.r.) und Rumen Milkow (1.v.r.) | Foto: Dirk Wächter

P.S.: Vorschau: Im neuen Jahr planen wir erstmals ein Buch zu veröffentlichen, das ausgewählte Texte aus den ersten fünf Jahren Multipolar auch in gedruckter Form zugänglich machen soll. Weiteres dazu dann 2025.